



Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

11. November 2016

Neue Landkreise sinnvoll gestalten

Vor einigen Wochen haben wir uns in einem Brief an den Parteivorstand der LINKEN gewandt, weil viele Bürger, auch unserer Gemeinde, in Gesprächen und Diskussionen sorgenvolle Fragen zu der von der Landesregierung geplanten Kreis- und Funktionalreform stellten.

Eine Minderung der Anzahl der Landkreise und der kreisfreien Städte bis auf Potsdam, sollte aus unserer Sicht bei dieser Reform nicht nach formalen Kriterien, wie Mitte der 90ziger Jahre, nach dem „Tortenstückmodell“ des Innenministers Alwin Ziel, erfolgen.

Wenn aus finanziellen Gründen eine Minderung der Kreise notwendig wird, ist die Einwohnermindestgrenze als alleiniges Kriterium auch nur formal.

Wir schlugen vor, sich der Mühe zu unterziehen, wenn man schon eine Minderung der Anzahl der Kreise für notwendig hält, vor die Kreisreform von 1993 zurückzugehen. Die davor bestehenden Altkreise könnten als Bausteine für die Formierung neuer Kreise genutzt werden.

Landschaftliche und geschichtliche Zusammenhänge sollten als Kriterien dabei eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus sollten die Qualifizierung und Erweiterung vorhandener Verwaltungsstrukturen, mögliche Bürgernähe und günstige Erreichbarkeit der Verwaltungsstandorte nicht aus den Augen verloren werden. Wir schlugen dazu einige mögliche neue Kreisstrukturen vor. Dazu drei Beispiele:

- um die Stadt Frankfurt herum die Altkreise Guben, Eisenhüttenstadt, Kreis Seelow, möglicherweise auch der Kreis Bad Freienwalde, (der ebenso mit der Uckermark verbunden werden könnte)
- um die Stadt Cottbus herum die Altkreise Cottbus Land, Kreis Forst, möglicherweise Kreis Spremberg (könnte auch zu Oberspreewald-Lausitz gezählt werden)
- um die Stadt Eberswalde herum die Altkreise Eberswalde, Bernau, Strausberg (historisch Niederbarnim Süd genannt).

So wäre vielleicht eine neue Kreisreform den Bürgerinnen vermittelbarer und es bestünde die Möglichkeit, dass sie sich mit ihrer neuen Verwaltungsstruktur besser identifizieren könnten. Sieht man die vorgeschlagenen neuen Großkreise nur als zentrale Verwaltungsbehörden an, sollte man sie durchnummerieren und nicht Havelland, Uckermark oder Dahme-Spreewald nennen.

Aus der Presse ist nun zu erfahren, dass diesem Gesichtspunkt beim neuen Zuschnitt der Kreise von der Ministerialverwaltung wenig Bedeutung beigemessen wurde. Da dem Landkreis Märkisch-Oderland keine bedeutenden Veränderungen in Ausdehnung und kommunaler Struktur sowie dem Sitz der Kreisverwaltung bevorstehen, könnten wir unsere Bemühungen

für beendet erklären. Doch linke Politik hat auch Gesamtverantwortung für das Land zu übernehmen. Wir machen uns große Sorgen um den vorgeschlagenen Großkreis im Süden Brandenburgs, der die Größe des Saarlandes übertrifft und der zweitgrößte in der Bundesrepublik Deutschland sein würde. In diesen Kreis sollen die Stadt Cottbus und die Landkreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster aufgehen.

Mecklenburg-Vorpommern hat mit seinem übergroßen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte sehr ungute Erfahrungen gemacht. Die sollte Brandenburg nicht wiederholen. Deshalb könnte der im Süden geplante Großkreis in 2 übersichtliche Kreisstrukturen übergehen: Stadt Cottbus mit Spree-Neiße (siehe unseren Vorschlag) und Elbe-Elster mit Oberspreewald-Lausitz oder diesen Kreis mit Dahme-Spreewald und Elbe-Elster zu Teltow-Fläming.

Die Festlegungen im Koalitionsvertrag der rot-roten Landesregierung gestatten im Zuge der Reform auch eine Anzahl von 10 Landkreisen. Warum wird dieses nicht umgesetzt?

Für uns ergeben sich weitere Fragen:

- Übernehmen die vorgesehenen Großkreise die überwiegende finanzielle Verantwortung für die Sicherung gleicher Lebensverhältnisse in ganz Brandenburg und erhalten sie die dafür notwendigen Finanzen?
- Werden die unterschiedlichen Bedarfe des Berlin nahen und -fernen Raumes (Soziales, Kultur, Bildung, Naturschutz...) künftig durch entsprechende Fördermaßnahmen der Landesregierung gedeckt?
- Wird durch die Übertragung von Landesaufgaben auf die kommunale Ebene das Land als Ausgleich bisher kommunale Verantwortlichkeiten (ÖPNV, Bau von Kita und Schulen, Museen und Denkmäler...) in seine Verantwortung übernehmen?
- Ist der konkrete Nutzen der Verwaltungsreform für die Bürger darstellbar bzw. zu beziffern?

Das sind inhaltliche Aspekte und sie heben sich nachdrücklich von dem, gegenwärtig vor allem von der CDU, geplanten Bürgerbegehren gegen die Reform ab.

Nur zur Erinnerung: Es war der Vertreter der CDU, der Abgeordnete Petke, der eine Reform der Kreisverwaltungen im Lande mit Hilfe einer Enquetekommission gefordert hatte.

Später bestärkte er mit seinem Votum die Arbeitsergebnisse der Kommission. Es gab abweichende Meinungen zu einzelnen inhaltlichen Problemen (im Anhang des Abschlussdokumentes festgehalten), insgesamt aber Einstimmigkeit zur Not-

Atomwaffen raus!

In den 70er und 80er Jahren sind Millionen Menschen gegen die nukleare Aufrüstung und die Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland auf die Straße gegangen. In Frieden und Sicherheit leben zu können ist auch heute der wichtigste Wunsch der Deutschen.

Der neuerliche Atomtest in Nordkorea hat rund um die Welt massive Proteste ausgelöst. Wer heute, in dieser sensiblen politischen und militärischen Spannungslage damit noch Öl ins Feuer gießt, muss jenseits allen Geschehens leben. Aber nicht nur in Nordkorea werden Atomwaffen weiterentwickelt.

In Deutschland lagern noch immer amerikanische Atomsprengköpfe, die nun auch noch „modernisiert“, also noch gefährlicher, noch verheerender gemacht werden. Sollen diese Waffen hier bereit liegen, um die Kriege fremder Mächte in unserem Land auszugetragen? Neu ist dieser Gedanke nicht und in Syrien blutige Realität – wenn unsere Regierung still darüber hinweggeht, müssen sich mündige Bürger wehren! Jetzt!

Die beiden schlimmsten Kriege der Menschheitsgeschichte sind von Deutschland ausgegangen, haben Millionen Tote gefordert, Europa und unser Land verwüstet. Ein Atomkrieg hier bei uns würde Europa auf Dauer unbewohnbar machen. Weil sie nicht sicher sind, schaltet die Regierung die Kernkraftwerke ab, aber Kriegswaffen dürfen bleiben?

Wir müssen unsere Stimme dafür erheben und uns Gehör verschaffen, dass die Atomsprengköpfe der USA endgültig aus Deutschland verschwinden.

Beauftragen wir die Bundesregierung, den Abzug der US-Atomsprengköpfe aus unserem Land unverzüglich durchzusetzen.

Die Basisorganisation der LINKEN Petershagen/Eggersdorf unterstützt die Initiative unserer Bundestagsfraktion, zusammen mit anderen Parteien den rechtlichen Weg für mehr direkte Demokratie und so einen **Volksentscheid** frei zu machen. Die bevorstehende Bundestagswahl wird zeigen, wer glaubhaft das Volk vertritt.

Wolfgang Förster

wendigkeit und zu Grundzügen einer Kreisgebiets- und Funktionalreform. Auch in den Printmedien werden gegenwärtig vor allem Meinungsäußerungen und Aussagen veröffentlicht, die die Reform überwiegend emotional ablehnen.

Wir wünschen uns deshalb von der Linkspartei und ihrem Koalitionspartner konkrete und überzeugende Argumente für die Reform. Wir fordern eine unpolemische Auseinandersetzung mit den Bedenken der Zögernden gegenüber der Reform sowie mit den Neinsagern.

Klaus Körner, Dr. Hagen Kattner

Mit Direktmandat für den Wahlkreis 59 in den Bundestag

Kerstin Kühn

Mehr als 130 Mitglieder der LINKEN aus Märkisch-Oderland und dem Barnim haben am 1. Oktober auf ihrer Wahlversammlung in Strausberg über die Kandidatur für ein Bundestagsdirektmandat abgestimmt. Kerstin Kühn, 53 Jahre alt, zu Hause in Bernau, wurde mit 95,5% der Stimmen gewählt.

DIE LINKE lebt und hat ihre Wurzeln nicht vergessen. Mit ihr finden sich die friedliebenden und konsequent sozial orientierten Kräfte im Land zusammen. Dieses Engagement will Kerstin Kühn offensiv in den Bundestag tragen. Sie steht für

- bezahlbare Wohnungen für jedermann
- ein Gesundheitswesen, in dem Patienten versorgt und nicht zuerst als Gewinnbringer beurteilt werden,
- den Kampf gegen prekäre Lebensverhältnisse und den Einsatz für lohnabhängig Beschäftigte,
- die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmer sowie Freiberufler, denn sie leben nicht durchweg von der Ausbeutung fremder Arbeit

Kerstin Kühn treibt um, dass sich die gesellschaftliche Spaltung in unserem Land seit Jahren vertieft, Menschen wirtschaftlich an den Rand gedrängt werden und nicht wenige sich fragwürdigen Heilsbringern zuwenden.

Schon jetzt und nicht erst Tage vor der Wahl geht sie auf Bürger zu, um vor Ort ihre Interessen, Sorgen und Nöte zu hören, aber auch um sie mitzunehmen, gemeinsam mit ihnen Politik besser zu gestalten.

Bundesrecht umsetzen: Weg mit den Barrieren

Seit vor 20 Jahren der Europäische Kongress „Die Stadt und die Behinderten“ in Barcelona eine Erklärung verabschiedet hat, in der Städte und Kommunen aufgefordert wurden, Schritt für Schritt die baulichen Barrieren in ihren Orten zu beseitigen, sind viele Städte und Gemeinden auch in Brandenburg der Erklärung von Barcelona beigetreten (z. B. Eberswalde und Strausberg). Die UN-Behindertenrechtskonvention, die im Dezember 10 Jahre alt wird und seit März 2009 geltendes Bundesrecht ist, verschärft noch einmal die Forderungen von Barcelona und drängt auf aktive Umsetzung dieser Empfehlungen.

Die Linksfraktion wird in der Dezembersitzung der Gemeindevertretung eine Beschlussvorlage einbringen, in der der Bürgermeister aufgefordert wird, die Erklärung von Barcelona zu unterzeichnen und eine Willenserklärung im Rathaus dieser spanischen Stadt zu hinterlegen, in der sich die Gemeinde verpflichtet, schrittweise die baulichen und sozialen Barrieren abzubauen.

In einer Arbeitsgruppe mit dem amtierenden und den ehemaligen Behindertenbeauftragten hat die Fraktion eine vorläufige Bestandsaufnahme aller öffentlichen sowie den Bürgern zugänglichen Einrichtungen auf ihre barrierefreie Zugänglichkeit erstellt (Verwaltung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Arztpraxen, Gaststätten usw.) und erste Maßnahmen zur Gewinnung von mehr Barrierefreiheit im Ort vorgeschlagen, dar-

unter die Schaffung von Barrierefreiheit für die Eggersdorfer Schule und den Hort, von barrierefreien Informationen der Verwaltung in digitaler und gedruckter Form, rollstuhlgerechten Bushaltestellen und mehr öffentlichen barrierefreien Toiletten.

Am 3. Dezember begehen wir den Welttag der Menschen mit Behinderung. Das sind auch in unserer Gemeinde immerhin 15% der Bürger, für die eine behinderten- und seniorenfreundlichere Gemeinde ohne viele Barrieren eine echte Verbesserung ihrer Lebensumstände wäre.

Die Abgeordneten sollten sich ihrer Verantwortung gerade für die Daseinsvorsorge unserer älteren Bürger bei ihrem Abstimmungsverhalten im Dezember bewusst sein.

Klaus Körner

Funktional- und Gebietsreform – Zuspruch oder Widerspruch?

Am Mittwoch, den 16. November 2016 um 19 Uhr diskutieren wir mit Dr. Wolfgang Erlebach in der Galerie am Markt zur geplanten Funktional- und Gebietsreform in Brandenburg.

- Was kosten uns kreisfreie Städte?
- Lösen wir wirklich Probleme mit der Zusammenlegung von Kreisen?
- Brauchen wir funktionierende Verwaltungsstrukturen unabhängig von Parteiengangel?

Sicher haben Sie noch mehr Fragen. Sie sind herzlich willkommen!

Wilfried Hertel,
Vorsitzender der Basisorganisation



STECKBRIEF

Kerstin Kühn

verheiratet,
zwei erwachsene Kinder

1963 geboren

1980 Abschluss 10. Klasse

1983 Facharbeiterin mit
Abitur für Eisenbahn-
transporttechnik

1990 Abschluss als
Diplom-Juristin

1998 Zulassung als
Rechtsanwältin

verschiedene Tätigkeiten in
der Reichsbahndirektion Ber-
lin und bei der Deutschen
Bahn mit dem Schwerpunkt
Recht und ab 2001 im Bundes-
amt für offene Vermögens-
fragen

ab 2003 Rechtsanwältin
in Bernau,

ab 2009 Aufsichtsrätin in
der GEWOBAG,

ab 2016 Ombudsfrau des Land-
kreises Barnim für
die Kosten der Un-
terkunft gem. SGB II
und stellvertretende
Kreisvorsitzende
DIE LINKE.Barnim

ac erscheint ohne feste Rei-
henfolge.

Für unverlangt eingesandte
Beiträge wird keine Haftung
übernommen. Der Heraus-
geber behält sich Veröffentli-
chungen, ggf. in sinnwahren-
den Auszügen vor.



Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz Wolfgang Zielke
Elbestr. 5 Bötzeestr. 120 b
15370 Petershagen 15345 Eggersdorf